

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2016

Inhalt

Nachrichten aus der COFACE	1
COFACE unterstützt Gemeinsame Erklärung zur Jugendgarantie	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Work-Life-Balance für Eltern und pflegende Angehörige – Kommission konsultiert Sozialpartner	1
Informeller Arbeits- und Sozialministerrat	1
Slowakei übernimmt EU-Ratspräsidentschaft.....	1
Kommission stellt Haushaltsplanentwurf 2017 vor	2
Öffentliche Konsultation zur EU-Jugendstrategie.....	2
Europäisches Parlament zu Sozialer und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	2
Europäisches Parlament befragt Bürger zu politischen Prioritäten.....	3
EU-Kommission will verstärkt öffentliche Meinung im Gesetzgebungsprozess einholen.....	3
Private Altersvorsorge – Kommission leitet Konsultation ein	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Großbritannien: Auswirkungen des Brexits auf Kinder und Jugendliche.....	3
Rumänien: „Koalition für die Familie“ will Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe verschärfen.....	4
Weitere Nachrichten	4
Europäisches Jugendforum setzt Standards für Jugendpolitik.....	4
Eurochild präsentiert Erklärung zu Kinderrechten	5
Berichte und Studien	5
Erster Bericht zur Umsetzung des Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen	5
Länderstudien: Geschlechtergerechtigkeit in Europa	5
Children of Prisoners Europe veröffentlicht Tagungsbericht.....	6
Social Service Europe informiert über EU-Förderfonds.....	6
Geschlechterproportionen in Europa	6
Europäisches Expertennetzwerk: Geschlechtergerechtigkeit und Intersektionalität.....	6
Bevorstehende Veranstaltungen	6

Nachrichten aus der COFACE

COFACE unterstützt Gemeinsame Erklärung zur Jugendgarantie

Verschiedene europäische Verbände – darunter auch die COFACE – haben eine Gemeinsame Erklärung zur Jugendgarantie verfasst. Darin heißt es, die 2013 eingesetzte Jugendgarantie habe sich zu einer treibenden Kraft in Europa entwickelt, um den Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben zu verbessern. Innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer (Schul-)Ausbildung oder nach Beendigung ihres bisherigen Arbeitsverhältnisses haben junge Europäerinnen und Europäer seitdem einen Anspruch auf ein angemessenes Arbeits- oder Weiterbildungsangebot. Dennoch sei die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin hoch, erinnern die Unterzeichner der Erklärung. Deren Bekämpfung müsse deshalb weiterhin eine hohe Priorität erhalten.

- [Zur Gemeinsamen Erklärung](#) 


Nachrichten aus den EU-Institutionen

Work-Life-Balance für Eltern und pflegende Angehörige – Kommission konsultiert Sozialpartner

Am 13. Juli hat die EU-Kommission die zweite Stufe der Konsultation bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familien- bzw. Pflegeaufgaben eröffnet. Nachdem im Winter 2015/2016 eine breite öffentliche Konsultation zum Thema stattgefunden hatte, sind nun ausschließlich die Verbände der Sozialpartner, d.h. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, gefragt. Sie sollen ihre Erkenntnisse darüber einbringen, wie sich die Hürden überwinden lassen, die Frauen von einer stärkeren Partizipation am Erwerbsleben abhalten. Die Kommission sieht hier Handlungsbedarf, um zum einen der Armutgefährdung von Frauen sowie zum anderen negativen Effekten auf das Wirtschaftswachstum vorzubeugen: „The Commission finds that further EU-level action is needed in order to effectively address women’s underrepresentation in the labour market, which is leading to women’s greater risk of poverty, underutilisation of women’s skills and competences, and is negatively impacting economic growth.“ Mit der Konsultation soll auch ausgelotet werden, ob sich die Sozialpartner für ein Übereinkommen auf EU-Ebene gewinnen ließen. Sie läuft bis Ende September 2016.

- [Zur Meldung mit Links zur Konsultation sowie zu ausführlichen Hintergrundinformationen](#) 

Informeller Arbeits- und Sozialministerrat

Mitte Juli haben sich die Arbeits- und Sozialminister und -ministerinnen der EU-Mitgliedstaaten in Bratislava zu einer informellen Sitzung getroffen. Diskutiert wurde dort unter anderem die geplante europäische Säule sozialer Rechte, zu der zurzeit eine öffentliche Konsultation läuft (vgl. EuropaNews [5/2016](#) ). Mit vielfältigen Gästen aus verschiedenen europäischen Organisationen und Institutionen wurde auch der Wandel der Arbeitswelt beleuchtet. Thematisiert wurden beispielsweise der Einfluss des digitalen Zeitalters auf Arbeitsplätze und -bedingungen oder die Alterung der Belegschaften.

Slowakei übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2016 hat die Slowakei erstmalig die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. In Anbetracht des britischen Referendums über den so genannten Brexit hat die Slowakei angekündigt, man werde sich bemühen, anhand von konkreten politischen Maßnahmen aufzuzeigen, inwiefern die EU die

Lebensverhältnisse ihrer Bürger und Bürgerinnen verbessert. Dies solle einer Zersplitterung der EU entgegenwirken und Brücken zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern und Bürgerinnen schlagen. Die politischen Prioritäten der slowakischen Ratspräsidentschaft sind ein wirtschaftlich starkes Europa, ein moderner Binnenmarkt, eine nachhaltige Migrationspolitik und eine global engagierte EU.

Kommission stellt Haushaltsplanentwurf 2017 vor

Die EU-Kommission hat am 30. Juni ihren Haushaltsplanentwurf für 2017 vorgestellt. Als wichtigste Ziele werden darin die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sowie die Bewältigung der sicherheitspolitischen und humanitären Herausforderungen in den EU-Nachbarländern genannt. Dementsprechend werden Mittel bereitgestellt, um in Maßnahmen zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU zu investieren, sowie für die Sicherung der EU-Außengrenzen, für die Integration von Flüchtlingen und für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Die Ausgaben für weniger dringliche Tätigkeiten werden dafür entsprechend gekürzt. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten werden nun über diesen Haushaltsentwurf beraten.

- [Zur ausführlichen Pressemitteilung mit Links zu weiteren Informationen](#)

Öffentliche Konsultation zur EU-Jugendstrategie

Nach der Veröffentlichung eines externen Evaluationsberichts hat die EU-Kommission Mitte Juli eine öffentliche Konsultation zur EU-Jugendstrategie auf den Weg gebracht. So sollen die Erfahrungen und die Ideen von Akteuren aus dem Jugendbereich, von jungen Menschen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern eingeholt werden. Die Ergebnisse dienen der Zwischenbewertung der jugendpolitischen Zusammenarbeit der EU im Zeitraum 2010 bis 2018. Die Konsultation läuft bis zum 16. Oktober 2016.

- [Zur Konsultation](#)

Europäisches Parlament zu Sozialer und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Das Europäische Parlament hat am 5. Juli 2016 einen umfangreichen Initiativbericht zum Thema „Flüchtlinge – soziale Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt“ vorgelegt, in dem es auch breit allgemein Stellung zur europäischen Migrationspolitik nimmt. So wird unter anderem kritisiert, dass Anträge auf internationalen Schutz in einigen Mitgliedstaaten sehr lange Bearbeitungszeiten hätten. Dadurch werde der Zugang zu Bildung und zum (regulären) Arbeitsmarkt behindert. Auch begrenzte Aufenthaltserlaubnisse stellten ein Hindernis für die Integration in den Arbeitsmarkt dar. Der Bericht betont die Kosteneffizienz von erfolgreicher Integration, da sie zu Selbstständigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, aber auch zu einem gestärkten Selbstwertgefühl und höherer Anerkennung führe. Zu einer erfolgreichen Inklusion bedürfe es eines komplexen Ansatzes, der es ermögliche Diskriminierungen zu umgehen, Sprachbarrieren zu überwinden, neue Wege zur Bewertung von Fähigkeiten zu finden und auf unterschiedliche sozioökonomische und kulturelle Hintergründe einzugehen. In diesem Zusammenhang begrüßt das EP die Schaffung einer neuen Expertengruppe durch die Kommission zum Thema interkultureller Dialog und Integration von Migranten und Flüchtlingen, die voraussichtlich bis Ende 2017 ein Handbuch bewährter Verfahren veröffentlichen wird.

- [Zum Bericht](#)

Europäisches Parlament befragt Bürger zu politischen Prioritäten

Das Europäische Parlament hat eine Bürgerumfrage in Auftrag gegeben, um herauszufinden, welchen Prioritäten sich die europäische Politik nach Ansicht ihrer Bürgerinnen und Bürger widmen solle. Diese bewerteten die Maßnahmen der EU in den meisten der vorgegebenen fünfzehn Bereiche weitgehend als unzulänglich, und eine große Mehrheit der Bürger würde sich wünschen, dass die EU in diesen Bereichen stärker eingreift, als das derzeit der Fall ist. Die meiste Zustimmung erhielten die Bekämpfung von Terrorismus (82 Prozent), Arbeitslosigkeit (77 Prozent), Steuerbetrug (75 Prozent), Bewältigung der Migration (74 Prozent), Schutz der Außengrenzen (71 Prozent) und Umweltschutz (67 Prozent).

- [Zu ausführlichen Informationen auf den Seiten des EU-Parlaments](#)

EU-Kommission will verstärkt öffentliche Meinung im Gesetzgebungsprozess einholen

Die EU-Kommission hat einen weiteren Bereich des EU-Gesetzgebungsprozesses für Rückmeldungen von Bürgern und Bürgerinnen sowie Interessensvertretern geöffnet. Über ein neues Online-Tool soll es zukünftig möglich sein, öffentliches Feedback zu Entwürfen von delegierten Rechtsakten und Durchführungsbestimmungen zu geben. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsbestimmungen werden von den EU-Institutionen genutzt, um Elemente von bereits bestehenden Rechtsakten zu aktualisieren oder die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen EU-Recht umgesetzt werden sollte.

- [Zum Feedback Tool](#)

Private Altersvorsorge – Kommission leitet Konsultation ein

Die Europäische Kommission hat Ende Juli eine Konsultation zu privaten Rentenversicherungen gestartet, um die private Altersvorsorge zukunftsfähiger auszurichten. Privatpersonen und Vertreter der Finanz- und Versicherungswirtschaft sind aufgerufen, über ihre Erfahrungen mit Vorsorgeprodukten zu berichten und Vorschläge für transparente, bezahlbare und einfache Angebote zur Alterssicherung einzureichen. Die Zahl der ins Rentensystem einzahlenden Beschäftigten werde sich bis 2060 halbieren. Die private Altersvorsorge stelle deshalb eine wichtige Ergänzung zu staatlichen Rentensystemen dar. Die Konsultation läuft bis 31. Oktober 2016.

- [Zur Konsultation](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Großbritannien: Auswirkungen des Brexits auf Kinder und Jugendliche

Das Institut für Kinderrechte an der Universität Liverpool hat eine Reihe von kurzen Informationspapieren herausgegeben, die sich mit den Risiken befassen, die für Kinder und Jugendliche mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union einhergehen. Sie gliedern sich nach den Themenbereichen wie Bildung, Kinderschutz, Kindergesundheit oder Familienleben.

- [Zu den Briefings](#) 

Rumänien: „Koalition für die Familie“ will Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe verschärfen

Eine von den Kirchen unterstützte Petition, die sich gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare richtet, hat in Rumänien etwa drei Millionen Unterstützer gefunden. Obwohl es in Rumänien für gleichgeschlechtliche Paare bisher keine Möglichkeit gibt, ihre Partnerschaft öffentlich anerkennen zu lassen, will die Initiative ein entsprechendes Verbot in der Verfassung verankern. Dazu müsste der Artikel geändert werden, in dem die Ehe geschlechtsneutral als Bund von „Ehepartnern“ definiert wird. Am 20. Juli hat nun das rumänische Verfassungsgericht entschieden, dass ein entsprechendes Referendum zulässig sei, da die Ehe in Rumänien kein Grundrecht sei. Ob es tatsächlich zu einem Referendum kommt, soll nun das Parlament entscheiden.

Weitere Nachrichten

Europäischen Säule sozialer Rechte in der Diskussion

Im März 2016 hat die EU-Kommission zur öffentlichen Konsultation zur geplanten Europäischen Säule sozialer Rechte eingeladen. Die Säule soll die wesentlichen sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Grundsätze gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme zum Inhalt haben und so zur Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Währungsunion in Beschäftigungs- und Sozialfragen beitragen. Bis Ende des Jahres haben europäische und nationale Institutionen oder Organisationen sowie die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft Zeit, ihre Stellungnahmen abzugeben.

Die COFACE lädt im Herbst zu einer Veranstaltung ein, die sich der Frage widmet, welchen Beitrag die Europäische Säule sozialer Rechte zu einer modernen und innovativen europäischen Familienpolitik leisten kann (siehe Veranstaltungshinweise). Es sei notwendig, die soziale Seite der Europäischen Union zu stärken, damit sich die Europäerinnen und Europäer besser mit dem europäischen Projekt identifizieren könnten.

Das europäische NGO-Netzwerk Solidar hat sich bereits zum Kommissionsentwurf positioniert und eine entsprechende Stellungnahme veröffentlicht. Darin wird die Initiative der Kommission ausdrücklich begrüßt und als ein wichtiger Baustein für eine soziale EU-Agenda gewertet, um der sich weiter öffnenden sozialen Schere zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten einen Konvergenzprozess entgegenzusetzen. Solidar kritisiert jedoch insbesondere, dass nicht klar sei, wie verbindlich die Regelungen für die Mitgliedstaaten sein werden. Außerdem müsse die Säule in allen Mitgliedstaaten Anwendung finden und nicht nur – wie vorgesehen – in den Ländern des Euroraums. Anderenfalls werde einer weiteren sozialen Spaltung Europas Vorschub geleistet.

- [Zur Konsultation](#)
- [Zur Stellungnahme von Solidar](#)  

Europäisches Jugendforum setzt Standards für Jugendpolitik

Anlässlich seiner Jahrestagung hat das Europäische Jugendforum Ende Juni ein so genanntes Toolkit für eine hochwertige Jugendpolitik veröffentlicht. Es enthält acht Standards, die es Jugendorganisationen in Europa erleichtern soll, auf ihren jeweiligen Ebenen politischen Einfluss zu nehmen. Mithilfe eines Sets von Indikatoren können die Verbände ihre Situation und Zusammenhänge analysieren und auf dieser Grundlage neue Strategien entwickeln.

- [Zum Toolkit](#)  

Eurochild präsentiert Erklärung zu Kinderrechten

Anfang Juli hatte die europäischen Kinderrechtsorganisation Eurochild zu einer dreitägigen Konferenz unter dem Titel „Warum Europa in Kinder investieren muss“ nach Brüssel eingeladen. Dort wurde eine Erklärung präsentiert und diskutiert, die zusammenfasst, welchen Handlungsbedarf Eurochild im Bereich der Rechte von Kindern und Jugendlichen sieht. Besonderes Augenmerk legt sie auf vier Punkte:

- Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse in allen EU-Ländern
- Überwachung und Berichterstattung darüber, wie öffentliche Mittel für Kinder ausgegeben werden, sowie Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Haushaltsplanungen
- Entwicklung von Trainings für Kinder bezüglich ihrer Rechte; ein Kinderrechtepass für jedes Kind, der über Kinderrechte informiert
- Integration von geflüchteten Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund; Garantie gleichen Schutzes und gleichen Zugangs zu ihrem Recht auf ein Aufwachsen in einer sicheren Umgebung, idealerweise bei ihrer eigenen Familie

➤ [Zur Erklärung](#)

Berichte und Studien

Erster Bericht zur Umsetzung des Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen

Seit 2014 fördert der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP; engl. Abkürzung: FEAD) Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen von Armut in Europa. Der EHAP kann beispielsweise genutzt werden, um Lebensmittel, Kleidung oder Hygieneartikel zur Verfügung zu stellen, sowie für Maßnahmen, die der sozialen Inklusion dienen. Die Kommission hat nun einen Bericht angenommen, der, basierend auf Berichterstattungen aus den Mitgliedstaaten, Auskunft darüber gibt, wie die Arbeit des Fonds im Jahr 2014 angelaufen ist. Acht Staaten (Belgien, Spanien, Frankreich, Litauen, Rumänien, Polen, Portugal und Slowenien) haben bereits 2014 mit der Verteilung von Lebensmitteln begonnen und insgesamt 228.707 Tonnen Nahrungsmittelprodukte an etwa 11 Millionen Bedürftige abgegeben. Etwa ein Viertel der Begünstigten waren Kinder unter 15 Jahren. Deutschland gehört zu einer Gruppe von Ländern, die weder Lebensmittel noch Produkte für grundlegende Bedürfnisse ausgeben, sondern sich auf Maßnahmen zur sozialen Inklusion beschränken. Die ersten 88 lokalen Projekte, die eine Bewilligung von EHAP-Mitteln erhielten, begannen ihre Arbeit jedoch erst im Jahr 2015. Im November 2016 will die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation einleiten, die der Halbzeitevaluierung des Fonds dienen wird.

➤ [Zum Bericht](#)

Länderstudien: Geschlechtergerechtigkeit in Europa

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen Bericht veröffentlicht, die einen Überblick über aktuelle familien- und geschlechterpolitische Diskurse aus neun Ländern bietet. Kurze Länderstudien aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Ungarn und USA zeigen, dass Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum Grundverständnis moderner Gesellschaften gehört. Angesichts des demografischen Wandels hat Familien- und Geschlechterpolitik auch an wirtschafts- und

bevölkerungspolitischer Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig formieren sich in vielen Ländern konservative und rechtspopulistische Kräfte gegen eine moderne Geschlechter- und Familienpolitik.

➤ [Zum Bericht](#) 

Children of Prisoners Europe veröffentlicht Tagungsbericht

Der Frage, wie die Rechte und Interessen von Kindern gestärkt werden können, deren Eltern(teile) sich im Konflikt mit dem Gesetz befinden, widmet sich der Bericht einer Tagung von Children of Prisoners Europe (COPE), die im Mai in Zagreb, Kroatien, stattfand. Neben den zentralen Ergebnissen finden sich auch Zusammenfassungen der Vorträge und Präsentationen.

➤ [Zum Bericht](#)  

Social Service Europe informiert über EU-Förderfonds

Social Service Europe ist ein Zusammenschluss der größten europäischen Non-profit-Anbieter sozialer Dienstleistungen. Seine Expertise bezüglich der Fördermöglichkeiten über die EU-Struktur- und Investitionsfonds ist nun in einer aktuellen Broschüre zusammengefasst, die einen Überblick über die verschiedenen Fonds und ihre Förderprioritäten gibt.

➤ [Zur Broschüre](#)  

Geschlechterproportionen in Europa

Der Anteil von Frauen und Männern an der Gesamtbevölkerung variiert im europäischen Ländervergleich deutlich. So leben zum Beispiel in Deutschland mehr Frauen als Männer – in Norwegen hingegen ist das Verhältnis genau umgekehrt. Das berichtet das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung unter Verweis auf Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat. In der Mehrheit der Länder fänden sich jedoch höhere Frauenanteile aufgrund der durchschnittlich höheren Lebenserwartungen von Frauen.

Europäisches Expertennetzwerk: Geschlechtergerechtigkeit und Intersektionalität

Das Europäische Netzwerk von Rechtsexperten für die Gleichstellung der Geschlechter und Antidiskriminierung hat einen Bericht veröffentlicht, der der Frage nachgeht, inwiefern die existierende EU-Rechtsetzung bezüglich der genannten Themen auf die Idee von intersektioneller Diskriminierung eingeht.

➤ [Zum Überblick bei Equinet Europe mit Link zum Bericht](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongress und 2. CYC Weltkonferenz „ <u>Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families</u> “	FICE
01.-04. Sep. 2016 Sheffield, Großbritannien	<u>The International Foster Care Organisation Conference 2016</u>	IFCO

13.-15. Sep. 2016 Edinburgh, Schottland	<u>„Unlocking the Potential of Short Breaks“</u> , 10th International Short Break Conference	ISBA
27. Sep. 2016 Brüssel, Belgien	<u>„Making the EU social rights pillar a reality for Europe's families: mind the gap“</u>	COFACE – FAMILIES EUROPE
29. Sep. 2016 Brüssel, Belgien	„Policies for families: Is there a best practice?“	Population Europe
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference <u>„Early Childhood in Times of Rapid Change“</u>	ISSA
04. Nov. 2016 Luxemburg, Luxemburg	<u>Recent developments in the coordination of family benefits, unemployment benefits and student aid</u>	FreSsco Network
07.-08. Nov. 2016 Berlin, Deutschland	<u>The impact of digitalisation on 21st century families - what role for Europe?</u>	COFACE – FAMILIES EUROPE, AGF
08.-09. Nov. 2016 Paris, Frankreich	<u>„Children’s Rights in Alternative Care: Walk the Talk!“</u>	SOS Kinderdörfer, Europarat, Eurochild

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

